



AUFGABEN UND LEISTUNGSÜBERPRÜFUNG

(Gemeinde
Ostermundigen

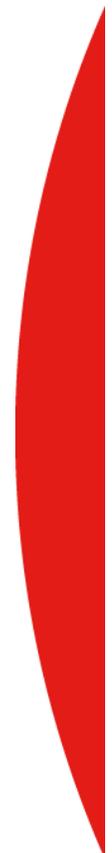
AUSWERTUNG MITWIRKUNG PARTEIEN ZUR ERBRINGUNG VON FREIWILLIGEN LEISTUNGEN

Macintosh HD:Userst:Downloads:18091z_A1U_Mitwirkungsbericht_Stellungnahme_GR_zu_Auswertung.docx

Agathe Rechsteiner
Telefon direkt 031 930 14 33
agathe.rechsteiner@ostermundigen.ch

Präsidiales
Schiessplatzweg 1
Postfach 101
CH-3072 Ostermundigen

Gemeindeschreiberei
Telefon +41 31 930 14 14
Telefax +41 31 930 14 70
www.ostermundigen.ch



1. Soll der Grosse Gemeinderat (Legislative) von 40 auf 30 Mitglieder verkleinert werden?

5 JA GLP / FDP / Forum / PEKO / Grüne	4 JA BDP / CVP / EVP / SVP	Stimmhaltung
Bemerkungen: GLP Die heutige Anzahl an Parlamentariern ist eindeutig zu gross und die Qualität zu gering. In Anbetracht einer möglichen Verschlankung des GR würde dieser Frage Rechnung getragen: FDP Ist Prüfwert, aber nicht aus finanziellen Gründen BDP ----- Forum In der heutigen Zeit ist das Interesse an der Politik stark gesunken. Weniger Leute stellen sich zur Verfügung, darum ja in Zukunft. CVP GGR muss ein Spiegelbild der politischen Vielfalt sein. Der Spareffekt ist lächerlich klein EVP ----- PEKO Die Grösse eines Parlamentes macht eine Demokratie nicht besser. Jeder Parlamentarier verursacht mit Vorstössen zusätzliche Kosten in der Verwaltung, die in dieser Berechnung offensichtlich fehlen. Aus unserer Sicht würde auch ein noch kleineres Parlament ausreichen. So haben die Österreichischen Landtage zum Teil nur 25 Mitglieder. SVP Bei einer Bevölkerung von 18'000 Einwohnern ist das eine minimale Vertretung! Grüne -----		Stellungnahme Gemeinderat Der Gemeinderat wird im Rahmen der Revision der nächsten Gemeindeordnung einen Antrag auf Reduktion des Grossen Gemeinderates von heute 40 auf 30 Sitze den kompetenten Organen beantragen. Die Umsetzung soll per 2021 erfolgen. Die Besetzung von Sitzen im Parlament wird zunehmend schwieriger, bereits vor Ende der Legislatur 2017-2020 gibt es Parteien, die keine Ersatzkandidaten auf den Wahllisten haben.

2. Soll die Anzahl Sitzungen des Grossen Gemeinderates (Parlament) von heute 6 bis 8 Sitzungen auf 4 bis max. 6 Sitzungen pro Jahr reduziert werden?

4 JA GLP / BDP / Forum / PEKO	5 Nein FDP / CVP / EVP / SVP / Grüne	Stimmhaltung
Bemerkungen GLP Die Sitzungen könnten durchaus reduziert werden. Die Traktanden müssten optimal auf die bestehenden Sitzungsdaten verteilt werden um übermässig lange Sitzungen zu vermeiden. Aufgrund der durchschnittlich längeren Sitzungsdauer müsste ein Pausenrhythmus einge-		Stellungnahme Gemeinderat Der Gemeinderat hält am bestehenden Sitzungstakt fest.

	führt werden.	
FDP	Nein, die Traktandenlisten wären dann zum Teil noch mehr überladen als sie es heute manchmal schon sind.	
BDP	----	
Forum	Falls möglich und nicht eine zu grosse Traktandenliste ansteht. Ausnahmen gewähren für eventuelle 7. Sitzung, falls ausserordentlich nötig.	
CVP	So viele Sitzungen wie nötig.	
EVP	Die Sitzungen werden sowieso gestrichen, wenn es nicht genügend Traktanden hat. Und sonst werden die Sitzungen zu lange.	
PEKO	Eine Parlamentsitzung verursacht nicht nur Kosten bei den Sitzungsgeldern, es sind Protokolle, Einladungen und Erstellen von Dokumentationen ebenfalls zu rechnen. Ausserdem nehmen die Mitglieder des Gemeinderates an den Sitzungen teil, was ebenfalls Kosten verursacht.	
SVP	Sitzungen dürfen nicht noch länger dauern. Max. 3 Stunden sind genug.	
Grüne	Eher Nein; weniger Sitzungen bedeuten längere Sitzungsdauer, was wiederum ein höheres Sitzungsgeld auslöst. Zudem leiden die Konzentrationsfähigkeit und wohl auch die Stimmung. Auch ein gelegentlicher Umtrunk nach einer Sitzung kann helfen, festgefahrene Positionen oder Aversionen zu lockern.	

3. Soll der Gemeinderat (Exekutive) von 7 auf 5 Mitglieder verkleinert werden?

4 JA GLP / BDP / Forum / PEKO	4 Nein FDP / EVP / SVP / Grüne	1 Stimmenthaltung CVP
Bemerkungen:		Stellungnahme Gemeinderat
GLP	Ja, aber nur mit einhergehendem Systemwechsel hin zur Professionalisierung des Amtes, d.h. Gemeinderäte / Gemeinderätinnen müssten mindestens zu 80% Stellenprozent angestellt sein. Ein solcher Schritt wäre aus Sicht der glp längst fällig. Aus Sicht der Gemeinde könnten das Amt eines Gemeinderates durch höhere Pensen verteilt auf weniger Köpfe weiter professionalisiert werden. Würden zudem mehrere Departemente von einem Gemeinderat be-	Der Gemeinderat sieht, auch auf Grund eines abgelehnten Postulates zur Reduktion der Sitze in der Exekutive im Februar 2017, von einer Verkleinerung des Gemeinderates ab.

	<p>treut, so könnten bessere Synergien genutzt werden und der Wissenstransfer zwischen den Departementen könnte einfacher sichergestellt werden. Weiter würde das Amt als Gemeinderat an Attraktivität gewinnen, wenn das Gemeinderatsamt eine fixe und genügende Einkommensquelle darstellen würde. Für die Grünliberalen ist allerdings unabdingbar, dass bei einer weiteren Reduktion des Gemeinderates das Majorz-Wahlsystem eingeführt würde.</p>	
FDP	<p>JA, wenn auf ein Führungsmodell umgestellt wird, das den Gemeinderat mehr mit verwaltungsratsähnlichen Aufgaben beauftragt und für das Operative eine Geschäftsführung eingesetzt würde. Die FDP regt die Prüfung einer solchen neuen Führungsstruktur an.</p>	
BDP	<p>Die Arbeit der 7 GR soll nicht auf 5 verteilt werden – der GR soll sich auf strategische Arbeiten konzentrieren.</p>	
Forum	<p>Die Stadt Bern und andere Orte haben dies bereits. Eher ja-stimmend, aber Arbeitspensum in der Politik wird erhöht, dadurch Reduktion im Beruf nötig. Sonst wird es für GR-Mitglieder eng! Sonst NEIN</p>	
CVP	<p>Weder Ja noch Nein: Spareffekt unklar. Wenn Ja, nicht im Rahmen dieser ALÜ, sondern eigenes Reformprojekt (Struktur- und Verwaltungsreform). Verkleinerung könnte zu effizienteren Abläufen führen. Verkleinerung nur mit Änderung des Wahlsystems (Majorz).</p>	
EVP	<p>Dies gibt keine Ersparnisse für die Gemeinde, die Arbeit muss so oder so gemacht werden. Wenn es 5 Gemeinderäte sind, werden sich die Prozente der einzelnen Gemeinderäte erhöhen</p>	
PEKO	<p>-----</p>	
SVP	<p>Sonst hätte nicht jeder GR ein Departement resp. Setzt eine neue Organisation voraus. Kosten würden steigen.</p>	
Grüne	<p>Bei einer weiteren Verkleinerung müssten die Pensen erhöht und damit auch höher entschädigt werden, was finanziell zu einem Nullsummenspiel führt. Zudem würde es sehr schwierig, InteressentInnen zu finden für ein 30- oder 40%-Pensum, da sich ein solches schwer mit den meisten beruflichen Ansprüchen vereinbaren lässt</p>	

4. Sollen die Abteilungen von 7 auf 5 Einheiten verkleinert werden?

3 JA GLP / BDP / Forum	5 NEIN FDP / EVP / PEKO / SVP / Grüne	1 Stimmenthaltung CVP
Bemerkungen: GLP Ja ->siehe Antwort zu Frage 3. Dies müsste zwingend mit der Professionalisierung des Gemeinderatsteams einhergehen. FDP NEIN, bei gleichbleibendem Führungsmodell BDP ----- Forum Falls machbar ja, aber auch hier ist die Zuordnung wichtig. Gebäude, die versch. Abteilungen untersuchen, Zusammenlegungen ordnen. Ein neues Gebäude (Gem.Verw.), die Angestellten, wie Aufgaben anpassen. CVP Siehe Bemerkung zu Frage 3 EVP Nicht schon wieder eine Umstrukturierung!! Die letzte lässt grüssen. PEKO Wir nehmen gerne Stellung, wenn wir über die vertiefte Prüfung Kenntnis erhalten. SVP Sonst hätte nicht jeder GR ein Departement resp. Setzt eine neue Organisation voraus. Kosten würden steigen. Grüne Ohne vorgängige sorgfältige ALÜ (Ausgaben- und Leistungsüberprüfung) wäre ein solches Ansinnen grobfahrlässig		Stellungnahme Gemeinderat Das Projekt Behörden- und Verwaltungsreform wurde mit der Neuorganisation der Abteilung Soziales per 1.1.2018 abgeschlossen. In einem ersten Schritt sollen die Ziele dieser Reform umgesetzt werden. Der Gemeinderat will daher im Rahmen der Erarbeitung des Funktionendiagramms allfällig Massnahmen prüfen um eine optimalere Trennung zwischen operativen und strategischen Verantwortlichkeiten zu erreichen.

5. Soll die Hochbaukommission aufgehoben werden?

3 JA BDP / CVP / PEKO	6 NEIN GLP / FDP / Forum / EVP / SVP / Grüne	Stimmenthaltung
Bemerkungen: GLP Begründung, warum eine Aufhebung zur Diskussion steht fehlt FDP Die Hochbaukommission überwacht die Baubehörde, was nach dem Vernehmen unseres Kommissionsmitglieds nach auch dringend nötig ist.		Stellungnahme Gemeinderat Der Gemeinderat verzichtet aus heutiger Optik auf die Reduktion von Kommissionen. Im Rahmen der Erarbeitung des Funktionendiagramms soll aber konkreter geprüft werden, welche Auf-

<p>PDP Eventuell Zusammenlegung mit der Tiefbaukommission prüfen. Schaffung einer Baukommission (=Hoch- und Tiefbau).</p> <p>Forum Überprüfungen sind in diesem Bereich immer notwendig. Fehlerquoten mindern bei wichtigen Entscheidungen, darum NEIN. Anpassung der Mitgliederzahl nach unten, z.B. höchstens 6 oder 7.</p> <p>CVP Angesichts der rechtlichen Vorschriften ist der Entscheidungsspielraum eh sehr eingeschränkt.</p> <p>EVP Mitwirkung in den Kommissionen ist wichtig für die politischen Parteien</p> <p>PEKO -----</p> <p>SVP Sie ist die Vertretung der Parteien</p> <p>Grüne In den Kommissionen (ganz allgemein) werden interessierte und engagierte Gemeindemitglieder eingebunden; sie bringen oft auch ihre wertvollen Kompetenzen ein.</p> <p>Sollten die Baubewilligungen nur noch von der Verwaltung erteilt werden, kann dies bei Bauabschlägen o.ä. zu belastenden Situationen führen.</p>	<p>gaben noch auf Stufe Kommission bearbeitet werden müssen. Die Erfahrung zeigt, dass teilweise Aufgaben in Kommissionen wahrgenommen werden, die auf Grund der Regulative durch die Verwaltung bearbeitet werden können.</p>
--	--

6. Soll die Fachkommission Energie aufgehoben werden?

4 JA FDP / BDP / EVP / PEKO	5 NEIN GLP / Forum / CVP / SVP / Grüne	Stimmhaltung
<p>Bemerkungen</p> <p>FDP Diese sollte Aufgehoben und in die Hochbaukommission integriert werden</p> <p>GLP Die Fachkommission Energie könnte nur aufgehoben werden, wenn die Aufgaben bspw. Von der Hochbaukommission übernommen werden könnten. Das Sparpotential wäre in Anbetracht dessen wohl gering.</p> <p>BDP -----</p> <p>Forum Hier dieselbe Antwort wie Frage 6. Meist weniger Sitzungen aber immer noch notwendig für Berichtungen.</p> <p>CVP -----</p>		<p>Stellungnahme Gemeinderat</p> <p>Die Aufgaben der Energiekommission werden künftig von der Hochbaukommission wahrgenommen.</p>

<p>EVP Diese könnte durch einen Energieberater abgedeckt werden.</p> <p>PEKO -----</p> <p>SVP Diese Kommission eventuell in die Hochbaukommission integrieren.</p> <p>Grüne Diese Fachgruppe besteht aus Personen mit hoher Fachkompetenz, die für ein sehr bescheidenes Sitzungsgeld ihre Zeit und ihre Kenntnisse der Gemeinde zur Verfügung stellen. Ohne diese Kommission müssten viele Entscheide durch viel teurere externe Fachpersonen abgestürzt werden.</p>	
---	--

7. Soll die Kommission für Tiefbau und Betriebe aufgehoben werden?

2 JA FDP / PEKO	7 NEIN GLP / BDP / Forum / CVP / EVP / SVP / Grüne	Stimmhaltung
<p>Bemerkungen</p> <p>FDP Eher ja, sie könnte mit der Hochbaukommission zusammengelegt werden, da es viele Entscheidungen gibt, welche in beiden Kommissionen zu behandeln sind.</p> <p>GLP Zusammenführung Hoch- und Tiefbau als erster Schritt wäre sinnvoll.</p> <p>BDP Kann allfällige Arbeiten von der aufgehobenen Hochbaukommission übernehmen.</p> <p>Forum Dasselbe, bei anstehenden Ausführungen sind gute Hinweise von Fachpersonen und Mitgliedern mit guten Kenntnissen vorteilhaft. Falsche Entscheide werden so vermindert</p> <p>CVP Kompetenz der Verwaltung wird durch Fachkompetenz von aussen ergänzt. Wichtige Reglemente werden von dieser Kommission erarbeitet.</p> <p>EVP Siehe Frage 6</p> <p>PEKO -----</p> <p>SVP Bei jeder Abschaffung einer Kommission verlieren Politiker/Bürger an Mitsprache.</p> <p>Grüne siehe oben</p>		<p>Haltung GR</p> <p>Siehe HB-Kommission</p>

8. Sollen die Kommissionen von 9 (GPK) Mitgliedern bzw. 7 (ständige Kommissionen) Mitglieder auf 5 Mitglieder verkleinert werden.

3 JA FDP / GLP / PEKO	6 NEIN BDP / Forum / CVP / EVP / SVP Grüne	Stimmhaltung
Bemerkungen FDP Die GPK könnte auf 7 Mitglieder verkleinert werden. Die ständigen Kommissionen sollten, der politischen Abstützung wegen, so beibehalten werden. GLP Für die Vielfalt der Parteivertretungen scheint eine Grösse von 7 Mitgliedern pro Kommission angemessen. Einzig im Falle der GPK könnte man aus Sicht der Grünliberalen eine Reduktion in Betracht ziehen, da die Parteien auch so divers vertreten wären. Da zudem die Gemeinde in 7 Departemente organisiert ist, könnte auch weiterhin pro Departement ein Mitglied der GPK die Götti-Funktion übernehmen. BDP Bei der GPK halten wir es für wichtig, dass VertreterInnen aller Parteien Einsitz haben. Bei den anderen Kommissionen ja. Forum Die Zahl 7 wegen der Parteiverhältnisse ist richtig. Eventuell Anpassung der GPK von 9 auf 7 zurückstufen. CVP ----- EVP Mit 5 Mitgliedern ist die Mitwirkung der kleineren Parteien nicht mehr gleich gut gewährleistet. Die GPK jedoch kann auf 7 Mitglieder verkleinert werden. PEKO ----- SVP Immer mehr Parteien. Alle sollen Verantwortung übernehmen. Grüne Kompetenz geht verloren, das Sparpotential ist minimal und damit vernachlässigbar.		Stellungnahme Gemeinderat Der Gemeinderat wird auf die kommende Legislatur den Antrag stellen, die Geschäftsprüfungskommission von 9 auf 7 Mitglieder zu reduzieren. Die Anzahl Mitglieder der übrigen Kommissionen bleibt unverändert bei 7 Mitgliedern.

9. Soll ein Neuzuzüger-Anlass durchgeführt werden?

6 JA FDP / Forum / CVP / PEKO / SVP / Grüne	3 NEIN GLP / BDP / EVP	Stimmhaltung
---	-------------------------------	---------------------

<p>Bemerkungen</p> <p>FDP ein solcher Anlass hat eher einen positiven und gemeindeverbindenden Charakter.</p> <p>GLP ----</p> <p>PDP Wenn sich der enorme Personalaufwand nicht reduzieren lässt, was wir stark bezweifeln, dann soll der Anlass nicht mehr durchgeführt werden.</p> <p>Forum Neuzuzüger sollen über die Gemeinde Ostermündigen informiert werden. Dann ist dieser Anlass im „schlichten Kleid“ nicht übertrieben, zu begrüßen.</p> <p>CVP -----</p> <p>EVP Anstelle könnte ein kleinerer Infoanlass mit einem Apéro gemacht werden.</p> <p>PEKO -----</p> <p>SVP Muss jedoch geprüft werden, ob so ein Anlass in unserer Gemeinde noch zeitgemäss ist.</p> <p>Grüne Interessierte neu Zugezogene werden motiviert, sich in der und für die Gemeinde zu engagieren. Die Integration und der Zusammenhalt werden gefördert. Vermehrte Zusammenarbeit mit Vereinen, Kirchen und Gewerbe suchen für die Durchführung und Finanzierung des Anlasses.</p>	<p>Stellungnahme Gemeinderat</p> <p>Der Gemeinderat verzichtet auf die Durchführung eines Neuzuzüger-Anlasses .</p>
---	--

10. Soll die Gemeinde weiterhin einen Beitrag an die humanitäre Hilfe (Bsp.: Berghilfe) entrichten?

<p>3 JA Forum / CVP / Grüne</p>	<p>6 NEIN FDP / GLP / BDP / EVP / PEKO / SVP</p>	<p>Stimmhaltung</p>
<p>Bemerkungen</p> <p>FDP Das ist keine Gemeindeaufgabe</p> <p>GLP Diese Beiträge sind sicher wünschenswert; die aktuelle Finanzlage der Gemeinde lassen diese jedoch nicht zu.</p> <p>BDP Es ist nicht die Aufgabe der Gemeinde, Steuergelder so zu verteilen. Die Steuerzahlenden als Privatpersonen entscheiden, wo und wem sie spenden.</p>		<p>Stellungnahme Gemeinderat</p> <p>Der Gemeinderat verzichtet auf die Position der humanitären Hilfe im ordentlichen Voranschlag. Der Gemeinderat wird aber situativ entscheiden, ob im Rahmen seiner Finanzkompetenz bei Katastrophen (Bsp.: Bergsturz Bondo), ein Unterstützungsbeitrag geleistet wird.</p>

<p>For. Die Berghilfe ist wichtig. Trotz angespannten Verhältnissen im Finanzbereich ist ein Zustupf wichtig, auch diese sind dauern am Kämpfen.</p> <p>CVP -----</p> <p>EVP Die Gemeinde leistet sehr viel für Bedürftige sowie die Integration</p> <p>PEKO -----</p> <p>SVP nur im Ausnahmefall (z.B. Katastrophen)</p> <p>Grüne Das Budget für die humanitäre Hilfe betrug vor 10 Jahren noch Fr. 10'000.--. Den Minimalbetrag von Fr. 3'000. —auch noch zu streichen wäre schäbig und jämmerlich.</p>	
---	--

11. Soll die Gemeinde Gratulationen für die ältere Bevölkerung in der Bantiger Post publizieren?

6 JA FDP / Forum / CVP / JA / SVP / Grüne		3 NEIN GLP / BDP / PEKO	Stimmhaltung
Bemerkungen			Stellungnahme Gemeinderat
FDP	Ja ab dem 90. Geburtstag.		Der Gemeinderat hat beschlossen, dass die Gratulationen in der Bantiger Post sowie die Gratulationskarte der Jubilare beibehalten wird.
GLP	Gehört zum Wunschbedarf – evtl. könnte man den Aufwand reduzieren indem nur noch Standartkarten (nur B-Post) verschickt würden.		
BDP	----		
Forum	Schlicht, nicht übertrieben, aber für die Gemeinde Ostermündigen auch ein Image, das sich gegenüber der Bevölkerung nicht nachteilig auswirkt.		
CVP	-----		
EVP	-----		
PEKO	-----		
SVP	Sparpotential gering. Die ältere Bevölkerung schätzt diese Form der Anerkennung und Wertschätzung		
Grüne	Würde von der älteren Bevölkerung gar nicht goutiert. Woraus bestehen diese externen Kos-		

ten? Für die Bantiger Post? Scheint etwas teuer.	
--	--

12. Soll die Gemeinde den Jubilaren von vorheriger Frage 12 Blumen als Präsent zukommen lassen?

4 JA FDP / Forum / EVP / Grüne	5 NEIN GLP / BDP / CVP / PEKO / SVP	Stimmhaltung
Bemerkungen		Stellungnahme Gemeinderat
FDP Ja, ab dem 100. Geburtstag	GLP Aus Sicht der GLP scheint die Investition wenig zielführend. Das Geld könnte im Bereich Alter viel nützlicher investiert werden.	Gratulationen zum 100.Geburstag werden wie bisher, verbunden mit einem Besuch des Gemeindepräsidiums, mit Blumen der Gemeinde gefeiert.
BDP ----	Forum Bei seltenen Ereignissen sicher. (90, 95 oder 100 Jahre), diamantene Hochzeit und darüber. Bei 80-jährigen mind. Ein Geburtstagskartengruss.	Für die übrigen Jubiläen verzichtet der Gemeinderat auf die Blumen.
CVP Glückwunschkarte genügt	EVP Ab 90 Jahren, i 5-Jahres-Schritten (95, 100 Jahre)	
PEKO -----	SVP Nicht alle schätzen Blumen als Präsent. Ein Brief des Gemeindepräsidenten würde auch genügen	
Grüne siehe oben; evtl. kann statt eines grossen Arrangements etwas Kleineres überbracht werden, was aber die Finanzen noch nicht saniert.		

13. Soll die Gemeinde ein Wirtschaftsapéro durchführen?

6 JA FDP / GLP / CVP / EVP / SVP / Grüne	4 NEIN BDP / Forum / PEKO / Grüne	Stimmhaltung
Bemerkungen		Stellungnahme Gemeinderat
FDP Ja, aber nur noch alle 2 Jahre	GLP Ja, aber die Gemeinde ist gehalten sich vermehrt um Sponsoring in diesem Bereich zu bemühen. Das Wirtschaftsapéro sollte aber unbedingt durchgeführt werden um den Kontakt zu lokalen und regionalen Wirtschaft zu fördern. Die Gemeinde ist auf die in der Gemeinde nie-	Der Gemeinderat hält an der Durchführung des Anlasses fest. Ziel ist es mittels Sponsorengelder die externen Kosten decken zu können.
		Eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemein-

<p>dergelassenen Betriebe angewiesen. Das Wirtschaftsapéro ist ein wichtiger Faktor im Bereich des Standortmarketings.</p> <p>BDP Eventuell einen Anlass im Turnus mit Ittigen und Bolligen prüfen, Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverein BIO?</p> <p>Forum Schwierig, aber in Zeiten der finanziellen Angespanntheit im Moment nein. Eventuell später, wenn sie sich bessert.</p> <p>CVP -----</p> <p>EVP Mit weniger Personalaufwand</p> <p>PEKO -----</p> <p>SVP Wichtiger Vernetzungsanlass. Gute Möglichkeit der Gemeinde die Anliegen der Wirtschaft kennen zu lernen.</p> <p>Grüne Nur jedes 2. Jahr , wobei auch hier das Kosten – Nutzen – Verhältnis überprüft werden müsste, was allerdings nicht einfach wäre.</p>	<p>den ist aus logistischen Gründen nicht möglich (verfügbarer Raum).</p>
---	---

14. Soll die Gemeinde für Mitarbeitende eine Fachstelle in schwierigen Situationen (Bsp.: Mobbing etc.) anbieten?

5 JA	Forum / CVP / EVP / PEKO / Grüne	4 NEIN	FDP / GLP / BDP / SVP	Stimmhaltung
Bemerkungen				Stellungnahme Gemeinderat
FDP	-----			
GLP	Nein. Hierfür muss der Personaldienst die Verantwortung übernehmen. Gibt es Konflikte mit dem Personaldienst, so sind der Gemeindepräsident sowie der Gemeinderat als Gesamtgremium in der Pflicht. Unterstützung finden die Arbeitnehmenden zudem jederzeit beim GPK-Götti des Departements. Weiter steht es den Arbeitnehmenden jederzeit frei, sich an die Gewerkschaften zu wenden.			Die Gemeinderat, die Abteilungsleitungen und/oder der Personaldienst übernehmen in schwierigen Situationen die Rolle von Vermittler, Coaches oder Berater.
BDP	Es gibt genügend Fachstellen, die Hilfe in derartigen Situationen anbieten.			Es kann aber immer wieder Situationen geben, die aus unterschiedlichen Gründen mit dem Arbeitgeber nicht besprochen werden können. So bietet die externe Fachstelle auch Unterstützung bei Problemen die einen privaten Hintergrund haben, sich aber auf den Arbeitsplatz auswirken.
Forum	In der heutigen Zeit wichtig, eine Anlaufstelle anzubieten. Ist der Bedarf allerdings mangels Fällen zu niedrig, andere Lösung suchen (Kanton Bern)			
CVP	-----			
EVP	-----			
PEKO	Das bedingt die Fürsorgepflicht. Allfällige Prozesskosten könnten viel teurer kommen.			

SVP	Bei Bedarf extern zur Verfügung stellen. Der PD kann auch gewisse Aufgaben in diesem Bereich übernehmen.	
Grüne	Für eine grosse Gemeinde mit 150 Angestellten eine Selbstverständlichkeit.	

15. Soll die Gemeinde eine Umweltfachstelle führen?

4 JA	GLP / EVP / PEKO / Grüne	5 NEIN	FDP / GLP / BDP / Forum / CVP / SVP	Stimmhaltung
Bemerkungen				Stellungnahme Gemeinderat
FDP	----			Die Leistungen der Umweltfachstellen werden auf Aktivitäten im Rahmen von Baubewilligungsverfahren reduziert. Je nach Baueingabe benötigen die Bewilligungsbehörden Fachabklärungen im Bereich Umweltschutz (Bsp.: Schadstoffe), für die Gemeinde nicht das notwendige Fachwissen verfügt.
GLP	Bitte begründen, was die Umweltfachstelle genau tut. Eher ja; die von der Fachstelle übernommenen Arbeiten sind weiterhin auszuführen. Es ist zu klären, ob die zuständige Abteilung soweit optimiert werden könnte, dass die Stellenprozente allenfalls reduziert werden könnten bzw. ob die Auslastung so gering ist, dass sich der Einkauf der Leistungen bei externen Anbietern lohnen würde.			
BDP	Uns ist allerdings nicht ganz klar, was die Umweltfachstelle macht. Vorgaben im Umweltbereich sind ja zumeist kantonal.			
For.	Regional ist dies zu begrüssen. In der Gemeinde selber nicht, aber im Verbund mit Nachbarorten oder der Stadt Bern.			
CVP	Statt eigener Fachstelle Zusammenarbeit mit bestehenden Fachstellen prüfen (Stadt Bern, Regionalkonferenz)			
EVP	----			
PEKO	----			
SVP	Kanton und Bund haben diese Fachstellen. Evtl. mit Nachbar-Gemeinden zusammenarbeiten.			
Grüne	Auch Ostermundigen ist ein Teil der Umwelt; die sogenannte Umwelt ist etwas vom Kostbarsten.			

16. Soll die Gemeinde Gemeindetageskarten „Gemeinde-GA“ für die Bevölkerung anbieten?

6 JA	Forum / CVP / EVP / PEKO / SVP / Grüne	3 NEIN	FDP / GLP / BDP	Stimmhaltung
Bemerkungen				Stellungnahme Gemeinderat
FDP	Das ist keine Gemeindeaufgabe. Die Bahnen und anderer Private führen genügend eigene Aktionen durch.			Der Gemeinderat hat per 1. Januar 2018 die Tarife für die Gemeindetageskarten erhöht.
GLP	Die Gemeinde kann es sich nicht leisten, GAs zu „verschenken“. Die Gemeinde ist angehalten,			Der Aufwand für die Bewirtschaftung wurde mit

<p>das Angebot zu optimieren bis es kostendeckend geführt werden kann. Die Optimierung hat primär bei Personalaufwand zu erfolgen, sekundär müsste eine Preiserhöhung in Betracht gezogen werden.</p> <p>BDP Wenn der unglaublich hohe Personalaufwand nicht mindestens halbiert werden kann, dann soll die Gemeinde dieses Angebot nicht mehr führen. Allerdings gehen wir davon aus, dass eine massive Reduktion des Personalaufwandes sehr wohl möglich wäre (Prozesse überprüfen!)</p> <p>For. Image der Gemeinde Ostermündigen! Aufwand in Grenzen halten, aber ein Gemeinde-GA ist hier eindeutig beliebt und am Platz</p> <p>CVP -----</p> <p>EVP Die GAs sollen wenn möglich kostendeckend angeboten werden.</p> <p>PEKO Die effektiven Kosten stehen offensichtlich in keinem Verhältnis zum Gewinn für die Bevölkerung</p> <p>SVP Nur wenn eine schwarze 0 möglich ist. Wird mehrheitlich von gut verdienenden Bürgern benutzt.</p> <p>Grüne Der Personalaufwand ist nicht nachvollziehbar. Die Reservationen erfolgen via Homepage elektronisch durch die NutzerInnen. Um die Billette abzugeben und gelegentlich Unklarheiten oder allfällige Missverständnisse zu beheben scheinen Fr. 25'000.00 exorbitant.</p>	<p>der Einführung des elektronischen Tools bereits optimiert. Noch immer sind es vor allem ältere Menschen, welche die Reservation telefonisch vornehmen.</p> <p>Die Tageskarten können nicht elektronisch bezogen werden, sondern müssen persönlich auf der Verwaltung abgeholt werden, was den relativ grossen personellen Aufwand begründet.</p> <p>Da im Vergleich zu anderen Gemeinden die Auslastung noch fast 100% ist, wird das Angebot aufrecht erhalten.</p> <p>Die Gemeindetageskarten werden von allen Bevölkerungsschichten genutzt.</p>
---	---

17. Soll die Gemeinde Anlässe wie beispielweise die Bundesfeier, Neujahrsapéro, Konzerte, koordinieren und organisieren?

7 JA FDP / BDP / Forum / CVP / EVP / PEKO SVP / Grüne	2 NEIN GLP / Grüne	Stimmhaltung
<p>Bemerkungen</p> <p>FDP Das fördert den Kontakt und den Zusammenhalt in der Bevölkerung.</p> <p>GLP Die Anlässe werden nur von einem sehr geringen Teil der Bevölkerung besucht. Es ist bei diesen Anlässen vermehrt auf die Vereine abzustellen inkl. Kosten/Ertrag und Risiko.</p> <p>BDP Nur noch die Bundesfeier – restliche Anlässe nein</p> <p>For. Nicht zu viel Pomp, schlicht aber für die Bevölkerung ein Zeichen, dass der Draht nicht vollends unterbrochen wird. Im begrenzten Mass die Konzerte und Neujahrsapéro / Bundesfeier beibehalten.</p> <p>CVP Sponsoring durch Dritte prüfen</p> <p>EVP Teams mit Freiwilligen bilden! So könnte der Personalaufwand reduziert werden.</p> <p>PEKO Auch kulturelle Veranstaltungen gehören zum Service Public.</p> <p>SVP Konzerte prüfen. Kann allenfalls von Vereinen oder Privaten übernommen werden.</p>		<p>Stellungnahme Gemeinderat</p> <p>Der Gemeinderat hält, mit Ausnahme der Ausrichtung eines Neujahresaépros, an der Durchführung der Veranstaltungen fest. Wo immer möglich werden die Anlässe in Zusammenarbeit mit den Vereinen und/oder freiwilligen Personen der Gemeinde durchgeführt.</p>

Grüne Infrastruktur, Werbekanäle zur Verfügung stellen, jedoch keine personellen Ressourcen in Form von Leitung oder Koordination. Siehe auch Bemerkung zuunterst zur beschlossenen Aufhebung der Kulturkommission.	
---	--

18. Soll die Gemeinde die Ortsvereine finanziell unterstützen?

8 JA FDP / GLP / BDP / Forum / CVP / EVP / PE-KO / SVP / Grüne	1 NEIN FDP	Stimmhaltung
<p>Bemerkungen</p> <p>FDP Nur Vereine, die sich mit der Jugendförderung und –Unterstützung befassen. Die Erwachsenenvereine können sich selber finanzieren.</p> <p>GLP In Konsequenz zur Frage 17. Die Vereine leisten zudem massgebende Arbeit im Bereich der sozialen Integration. Dies nicht nur im Jugendbereich sondern auch im Alter. Die Grünliberalen sind überzeugt, dass ohne die Vereine der Gemeinde erheblich mehr Kinder im Rahmen der Schulsozialarbeit oder des Kinderschutzes betreut werden müssten bzw. Dank der Vereinsarbeit rechtzeitig reagiert werden kann.</p> <p>BDP Auch hier ist der Sachaufwand vertretbar, der Personalaufwand jedoch nicht! Wie kommen die hohen Personalaufwände zustande?</p> <p>For. Viele Vereine haben Mitgliederschwund. Dadurch wo angebracht ist eine Unterstützung notwendig. Existenzen nicht vernichten, Vielfalt von heute mit den entsprechenden Beiträgen (Variabel im Masse) begrüßenswert.</p> <p>CVP -----</p> <p>EVP Wie bisher mit Leistungsvereinbarungen. Ev. Die Höhe der Beiträge anpassen, vor allem an Vereine für Kinder und für Integration einen Beitrag ausrichten.</p> <p>PEKO Auch kulturelle Veranstaltung gehören zum Service-Public.</p> <p>SVP Das bestehende Subventionsmodel soll überprüft werden. Wäre eine gewisse Flexibilisierung aus Sicht der Gemeinde möglich? Kann für das zur Verfügung stellen von Infrastrukturen und Personalaufwand ein Minimalbetrag verlangt werden?</p> <p>Grüne Hier könnten evtl. Beiträge gekürzt werden – was dann grosse Proteststürme zur Folge haben würde. Gibt es eine Möglichkeit, dies mit einem kleineren Personalaufwand umzusetzen? Gemeinde soll gute Rahmenbedingungen schaffen, dass Eigeninitiativen der Bevölkerung gestärkt und gefördert werden. Abgesehen davon unterhält die Gemeinde für den FCO Sportplätze mit einem Aufwand von vielen Dutzenden Fr. 1'000.00. Wie viel davon ist unerlässlich,</p>		<p>Stellungnahme Gemeinderat:</p> <p>Der Gemeinderat hält an der Finanzierung der Ortsvereine fest. Die Vereine leisten generationenübergreifend für alle Bevölkerungsschichten sehr wertvolle Arbeit. Verschiedene Vereine übernehmen zudem eine wichtige Aufgabe in der Integration der verschiedenen Kulturen der Gemeinde. Die neu eingeführten Leistungsvereinbarungen regeln verbindlich die Zusammenarbeit der zwischen Gemeinde und den Vereinen.</p>

19. Soll die Gemeinde einen Kultur- und Sportlerpreis ausrichten?

2 JA Forum / PEKO	7 NEIN FDP / GLP / BDP / CVP / EVP / SVP / Grüne	Stimmhaltung
Bemerkungen FDP Dafür ist eine Gemeinde nicht zuständig. GLP Der Preis scheint nicht nötig. Wenn Gelder in diesem Bereich ausgegeben werden, dann für konkrete Projekte, welche für die Gemeinde einen Mehrwert bedeuten. BDP ----- For. Kultur und Sport sind zwei Dinge, die als Ausgleich zur Arbeit dienen, sogenannte Freizeitfüller. Wenn sich Personen durch besondere Ergebnisse auszeichnen, kann der Preis ausgerichtet werden; sonst mal ein Jahr aussetzen. CVP ----- EVP Die Ehrungen im Bantiger publizieren PEKO Auch kulturelle Veranstaltungen gehören zum Service Public. SVP Bei diesem Personalaufwand ist nur die Verwaltung beschäftigt. Grüne Wenn schon, müsste auch ein Sozialpreis eingerichtet werden.		Stellungnahme Gemeinderat Der Gemeinderat wird künftig keine Preise mehr ausrichten.

20. Soll die Gemeinde Anlässe in der Bantiger Post, auf dem Internet, im Anzeiger und den Sozialen Medien publizieren?

9 JA FDP / GLP / BDP / Forum / CVP / EVP / PEKO / SVP / Grüne	1 NEIN Grüne	Stimmhaltung
Bemerkungen FDP ja aber nur die wichtigen Anlässe GLP Ja, aber es sollte vermehrt und gezielt auf die modernen Medien gesetzt werden – ausser der Anlass spreche gezielt ein Publikum an, welches Printmedien konsumiert. So könnte zumindest der Sachaufwand reduziert werden. Der Personalaufwand ist deutlich zu hoch. BDP Auch hier ist die Höhe des Personalaufwandes ein Rätsel und nicht akzeptabel! For. So wie es verschiedene Menschen gibt, sind auch entsprechende Nutzungen zu gewähren. Sicher gibt es in Zukunft mehr im Internet zu suchen, aber Zeitungen nicht vergessen! Publikationen 2 x nur in Ausnahmefällen (Baugesuche). CVP -----		Stellungnahme Gemeinderat Der Gemeinderat hält an den Publikationen fest. Die Abteilung BKS wird vermehrt auch die neuen Kanäle (Facebook, Internet, Twitter) nutzen. Für die ältere Bevölkerung ist die Publikation in der Bantiger Post noch immer eine wertvolle Informationsplattform.

<p>EVP Zu hoher Personalaufwand! Im Anzeiger nicht mehr publizieren.</p> <p>PEKO Die Gemeinde hat eine Informationspflicht gegenüber der Bevölkerung.</p> <p>SVP -----</p> <p>Grüne Bantiger Post und Internet (dazu gehören wohl auch die „sozialen“ Medien) ja, Anzeiger nein. Prüfen, ob die Eingabe direkt von den Organisatoren oder Organisatorinnen gemacht werden können und die Gemeinde nur noch die Überprüfung vornimmt – Vereinfachung in der Administration.</p>	
--	--

21. Soll die Gemeinde die Bibliothek / Ludothek betreiben lassen

6 JA FDP / GLP / PDP / CVP / EVP / PEKO / Grüne	3 NEIN BDP / Forum / SVP	Stimmhaltung
<p>Bemerkungen</p> <p>FDP -----</p> <p>GLP Aus unserer Sicht ist das Sparpotenzial in den Sachkosten erheblich. Es ist zu prüfen, wie sich die Kosten optimieren lassen.</p> <p>BDP -----</p> <p>For. Falls es Möglichkeiten gäbe wieso nicht, aber eine Unterstützung der Gemeinde Ostermündigen ist sicher noch besser. Es besteht die Gefahr, dass die Finanzen nicht ausreichen. Am jetzigen Ort sicher vorteilhaft.</p> <p>CVP -----</p> <p>EVP -----</p> <p>PEKO Auch kulturelle Veranstaltungen gehören zum Service Public</p> <p>SVP Sachaufwand extrem minimieren. Externe Lösung suchen.</p> <p>Grüne Auf jeden Fall. Der Personalaufwand ist gering, der Sachaufwand zwar hoch, aber der Nutzen noch höher. Diese sind Perlen im Angebot von Ostermündigen. Bei einem Verzicht auf diese für Kinder, Familien und wesentliche Teile der Bevölkerung wichtige Angebot würde das Image unserer Gemeinde stark beschädigt.</p> <p>Nicht einsichtig ist jedoch, wieso jedes Schulhaus weiterhin eine umfassende eigene Schulbibliothek führt. Die SchülerInnen finden die Informationen für ihre Vorträge etc. unterdessen im Internet. Es könnte ausreichen, ein gutes Angebot für ErstleserInnen aufrecht zu erhalten.</p>		<p>Stellungnahme Gemeinderat</p> <p>Der hohe Sachaufwand basiert auf der Leistungsvereinbarung mit den Kornhausbibliotheken. Der Gemeinderat hält am Betrieb der Gemeindebibliothek fest.</p>

22. Sollen Anlässe für Dienstjubiläen der Lehrpersonen durchgeführt werden?

4 JA Forum / CVP / PEKO / Grüne	6 NEIN FDP / GLP / BDP / EVP / SVP / Grüne	Stimmhaltung
Bemerkungen FDP ----- GLP Aus unserer Sicht Sache des Kantons BDP Wir vermuten, dass dies auch von den Lehrpersonen nicht unbedingt gewünscht wird. Forum Als Anerkennung der Dienst ja, falls diese Personen es ablehnen, nicht nötig, jedoch als Möglichkeit offenhalten. CVP ----- EVP So handhaben wie beim Gemeindepersonal PEKO ----- SVP Ist Sache der Schule resp. Des Kantons Grüne der Betrag ist ja eher bescheiden. Die Anerkennung der Lehrpersonen von Seite der Eltern und Bevölkerung hat in den letzten Jahren stark abgenommen, während die Komplexität der Aufgaben stetig steigt. Es darf nicht sein, dass nun auch die Gemeinde die Anerkennung kürzt.		Stellungnahme Gemeinderat Die Dienstjubiläen sollen als Wertschätzung der Lehrpersonen beibehalten werden. Auch wenn Ostermundigen aus verkehrstechnischer Sicht gut erreichbar, wird die Suche nach neuen Lehrpersonen zunehmend herausfordernder. Mit dem Dienstjubiläums-Anlass kann die Arbeit der Lehrpersonen in einem nicht immer einfachen Umfeld geschätzt werden.

24. Sollen Landschulwochen, Schulreisen durch die Gemeinde finanziell unterstützt werden?

9 JA FDP / GLP / BDP / Forum / CVP / EVP / PEKO / SVP / Grüne	0 NEIN	Stimmhaltung
Bemerkungen FDP ----- GLP Kostenbewusst und mit Beteiligung der Eltern (Begleitung, Küche, Geldbetrag usw. unbedingt durchführen. BDP ----- For. Viele Familien haben meist schwierige Zeiten zu meistern. Wo notwendig Unterstützung nach Abstufung ja, Maxigrenze setzen, damit die Geldmittel nicht aus dem Rahmen fallen. CVP Schon heute ist die finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde minimal, daher keine Kürzung EVP Wurde schon gekürzt, nicht nochmals! PEKO ----- SVP ----- Grüne Hier geht es um Chancengleichheit , die unbedingt weiter gefördert werden sollte.		Stellungnahme Gemeinderat Die bisherige Praxis wird beibehalten. Auf Grund eines Entscheides des Bundesgerichts ist damit zu rechnen, dass die Kosten künftig ansteigen.

- 25. Soll für die Ortsvereine die Nutzung der Turnhallen, Sportplätze durch die Gemeinde finanziert werden?** Erläuterung: Die ortansässigen Vereine können die Turnhallen, Aula und Sportplätze kostenlos nutzen. Nicht abgebildet sind die Aufwendungen der Schulhauswarte. Die Aufwandpositionen sind in verschiedenen Abteilungen hinterlegt.

7 JA FDP / Forum / CVP / EVP / PEKO / SVP / Grüne	2 NEIN GLP / Grüne	1 Stimmenthaltung BDP
<p>Bemerkungen</p> <p>FDP Ja, dafür keine zusätzliche Unterstützungen (siehe 19)</p> <p>GLP Die Preise müssten allerdings finanzierbar bleiben. Bei der Bewertung ist zudem vermehrt auf die Mitgliederstruktur zu achten → wenn der Verein in Ostermündigen seinen Sitz hat, 95% der Mitglieder, welche das Angebot nutzen, jedoch in anderen Gemeinden wohnhaft sind, rechtfertigt sich diese indirekte Subventionierung nicht. Personalaufwand nicht vertretbar. Was gehört dazu? Wie setzen sich die Sachkosten im Detail zusammen?</p> <p>BDP Woher kommt der enorme Personalaufwand? Bitte um Erläuterungen. Allenfalls Erhöhung der Unterstützung der Vereine um diese Beträge. Dann die Vereine die Benützungsgebühren bezahlen lassen (Gebührenreglement)</p> <p>For. Für die Gemeinde Ostermündigen wiederum ein Image. Sollte sich herausstellen, dass Unfug wie Littering / Sachbeschädigung betrieben wird, Massnahmen ergreifen, um die Kosten im Griff zu halten.</p> <p>CVP -----</p> <p>EVP Aufwände sind zu hoch, es soll geprüft werden, ob der Personal- und Sachaufwand reduziert werden kann. Die Vereine sollen ev. einen kleinen Nutzungsbeitrag leisten.</p> <p>PEKO Auch kulturelle Veranstaltungen gehören zum Service Public.</p> <p>SVP -----</p> <p>Grüne Hier könnten die Vereine allenfalls tatsächlich einen mässigen Anteil der Kosten mittragen. Aber auch hier gilt es die Chancengleichheit bei Kindern zu berücksichtigen. Und auch hier gilt es abzuwägen, wo Eigeninitiativen in der Bevölkerung gedämpft würden, von der die Gemeinde stark profitiert – in den Vereinen wird sehr viel Freiwilligenarbeit geleistet. Die kostenlose Benutzung der Infrastruktur ist Teil der Anerkennung dieser freiwilligen Leistungen. Speziell müssen die Leistungen an den FCO im Vergleich an andere Vereine in den Blick genommen werden. Diese Punkte müssten bei einer Einführung von einer moderaten Kostenbeteiligung unbedingt berücksichtigt werden.</p>		<p>Stellungnahme Gemeinderat</p> <p>Der hohe Personalaufwand ist durch die Werkhofleistungen / Abwarte für den Unterhalt und die Pflege der Sportinfrastruktur begründet. Der Gemeinderat hält an der bisherigen Praxis fest. Er verweist auf die Haltung der Vereinsbeiträge.</p>

26. Sollen Beratungsleistungen für Energiefragen aufgehoben werden?

5 JA FDP / GLP / BDP / CVP / SVP	5 NEIN GLP / Forum / EVP / PEKO / Grüne	Stimmhaltung
Bemerkungen FDP Ja, die Beratungsleistungen können andernorts viel besser bezogen werden. Eine Gemeinde kann diese Aufgabe nicht effizient genug lösen. GLP Bitte aufzeigen, was genau geleistet wird. BDP Auch hier erschliesst sich uns der Hintergrund dieser Leistung nicht. Was genau macht die Beratungsstelle für Energiefragen? Forum Hier gilt, wenn Fragesteller in bestimmter Grössenordnung vorhanden sind, sonst auf die nächst mögliche Instanz verweisen (Telefon, Internet, Anlaufstelle in der Stadt); Kosten/Nutzen bitte beachten! CVP ---- EVP ---- PEKO Information der Bevölkerung gehört zum Auftrag der Gemeinde. SVP Wird vom Kanton und Hauseigentümergebiet angeboten. Grüne Energie ist DAS Megathema von Gegenwart und Zukunft! Die öffentliche Energieberatung Bern-Mittelland bietet kostenlose Beratungen, die wohl dahinfallen würden, wenn die Gemeinde selber gar nichts mehr macht.		Haltung GR Der Gemeinerat entscheidet zum Zeitpunkt der Umsetzung der Energierichtplans, der sich zurzeit in der kantonalen Vorprüfung befindet, über die mögliche Anpassungen der Leistungen im Energiebereich.

27. Sollen Projekte im Bereich Energie (Richtplan, Solarstrategie, Veloparkierung, Mobilität etc.) durchgeführt werden?

5 JA GLP / Forum / CVP / PEKO / Grüne	4 NEIN FDP / GLP / EVP / SVP	1 Stimmhaltung BDP
Bemerkungen FDP ---- GLP Bitt aufzeigen, was genau geleistet wird. BDP siehe Antwort zu Frage 26. Können eventuell durch die neu geschaffene Baukommission übernommen werden. For. Zukunftsorientiert immer von Vorteil. Aber beachten, dass die bestmögliche Lösung auserkoren wird. Schadenminderung gegenüber Leuten, die sich gestört fühlen (Zeitgeist von heute) CVP ---- EVP zu hoher Personalaufwand PEKO dies gehört zu den Aufgaben einer Gemeinde. SVP Frage kann so nicht beantwortet werden. Wird auch teilweise vom Kanton erfüllt. Grüne Was Ostermundigen zur Zeit tut, ist ein absolutes Minimum		Haltung GR Der Gemeinerat entscheidet zum Zeitpunkt der Umsetzung der Energierichtplans, der sich zurzeit in der kantonalen Vorprüfung befindet, über die mögliche Anpassungen der Leistungen im Energiebereich.

Wir streben zudem an: Velohauslieferdienst / Velostation / Velosicherheit etc.	
--	--

28. Soll das Energiestadtlabel weitergeführt werden?

5 JA Forum / CVP / EVP / PEKO / Grüne	4 NEIN FDP / GLP / BDP / SVP	Stimmhaltung
Bemerkungen		Haltung GR
FDP -----		Der Gemeinerat entscheidet zum Zeitpunkt der Umsetzung der Energierichtplans, der sich zurzeit in der kantonalen Vorprüfung befindet, über die mögliche Anpassungen der Leistungen im Energiebereich.
GLP Was ist der Mehrwert für die Gemeinde, der die Kosten rechtfertigt?		
BDP -----		
For. Falls es seine Berechtigung hat ja, immer daran arbeiten.		
CVP -----		
EVP -----		
PEKO -----		
SVP -----		
Grüne Was Ostermündigen zur Zeit tut, ist das absolute Minimum. Wir streben zudem an: Energiestadtlabel Gold (wie Münsingen, Köniz, Bern u.a.)		

29. Sollen Kommunikationsmassnahmen zum Thema Energie sowie das Führen einer Energiebuchhaltung beibehalten werden?

4 JA GLP / Forum / PEKO / Grüne	5 NEIN FDP / GLP / BDP / CVP / SVP	Stimmhaltung EVP
Bemerkungen		Haltung GR
FDP Begründung siehe 26		Der Gemeinerat entscheidet zum Zeitpunkt der Umsetzung der Energierichtplans, der sich zurzeit in der kantonalen Vorprüfung befindet, über die mögliche Anpassungen der Leistungen im Energiebereich.
GLP Bitte zeigen, was das genau ist. Was ist der Mehrwert für die Gemeinde, der die Kosten rechtfertigt?		
BDP Siehe Antwort zu Fragen 26 und 27.		
For. Hier ist der gesunde Menschenverstand gefragt. Nach Sicht und Analyse in der Gemeinde Ja, sonst die Nachbarorte in Betracht ziehen, wie sie dies handhaben		
CVP -----		
EVP Wie hängt dies mit dem Energiestadtlabel zusammen??		
PEKO -----		
SVP Zur genauen Beurteilung müssten wir die Details kennen.		
Grüne Die Energiebuchhaltung z.B. zeigt, wo (Energie-)Kosten gespart werden können.		

30. Soll der Seniorenausflug (alle 2 Jahre) durchgeführt werden?

5 JA Forum / CVP / EVP / SVP / Grüne	4 NEIN FDP / GLP / BDP / PEKO	Stimmhaltung
Bemerkungen FDP Das ist keine Gemeindeaufgabe. Senioren können solche Leistungen andernorts beziehen oder sich selber organisieren. GLP Der Anlass wird zwar rege besucht, aber der Nutzen für die Bevölkerung scheint gering. Das Geld sollte in Anbetracht der demographischen Entwicklungen in andere Projekte investiert werden, welche den älteren Generationen zu Gute kommen. (z.B. Koordinationsstelle 60+) BDP ----- For. Im schlichten Kleid und wenn der Wunsch mehrheitlich vorhanden Zustimmung. Kosten immer beachten bei Ausflügen, es gibt noch günstigere Varianten. CVP ----- EVP ----- PEKO Mit einer Veranstaltung alle 2 Jahre kann der Vereinsamung von Senioren nicht entgegen gewirkt werden SVP Darf kein zusätzlicher Aufwand wie Personalkosten etc. verursachen. Grüne Auch hier ist eine gute Koordination mit den weiteren Akteuren in der Altersarbeit (Kirchen, Spitex, Frauenverein, weitere) sinnvoll. Allenfalls können hier Synergien besser genutzt werden (ohne dass die Gemeinde einseitig spart).		Stellungnahme Gemeinderat Am bisherigen Anlass und Durchführungsrhythmus wird festgehalten. Schon heute wird der Anlass in enger Zusammenarbeit mit Spitex, den Alters- und Wohnheimen und den Landeskirchen durchgeführt.

31. Soll die Gemeinde eine eigene Kita betreiben?

5 JA BDP / Forum / EVP / PEKO / Grüne	3 NEIN FDP / GLP / SVP	1 Stimmhaltung CVP
Bemerkungen FDP Diese Aufgabe kann privatisiert werden. GLP Es hat nach Einführung des Gutscheinsystems eine neue Evaluation stattzufinden. BDP Dass es KITA-Plätze braucht, ist klar. Die Finanzierung erfolgt über Gutscheine und muss selbsttragend sein. Sollte die gemeindeeigene KITA teurer sein als andere, ist das Problem zu eruieren und anzugehen. Die Finanzierung der externen KITA-Plätze steht nicht zur Diskussion. Also sind alle KITA-Aufwände hier zusammenzuziehen. For. Wo Familienmitglieder oder Teile davon sind, ist aus finanziellen Gründen 1 KITA nötig. Aktuell sieht man dies in der Statistik. Auch in Zukunft sind Problemfälle jederzeit vorhanden. CVP Situation überprüfen nach Einführung des Gutschein-Systems EVP -----		Stellungnahme Gemeinderat Der Gemeinderat hält bis zur Einführung des neuen kantonalen Gutscheinsystems am Betrieb einer eigenen Kita fest.

<p>PEKO Selbstverständlich dies ermöglicht Familien mehr Einkommen zu erzielen und erhöht so das Steuer-Substrat.</p> <p>SVP Privatwirtschaftlich organisieren. Leistung einkaufen. Konkurrenz belebt die Preise.</p> <p>Grüne Ist offenbar für wenig verdienende Eltern wichtig, kann aber evtl. mit dem Kita-Gutscheinsystem anders gehandhabt werden. Falls die Gemeinde die eigene KITA aufgibt, soll sie sich für faire Löhne und einen angemessenen Betreuungsschlüssel in den privaten KITAS in Ostermündigen einsetzen.</p>	
---	--

32. Soll die Gemeinde den Mahlzeitendienst der Spitex mitfinanzieren?

6 JA GLP / Forum / CVP / EVP / PEKO / Grüne	3 NEIN FDP / BDP / SVP	Stimmhaltung
<p>Bemerkungen</p> <p>FDP ----</p> <p>GLP Grundsätzlich sind präventive Massnahmen im Altersbereich zu unterstützen. Der Mahlzeitendienst ist ein geeignetes Mittel um dem Grundsatz ambulant vor stationär nachzuleben. Es kommt dem Mahlzeitendienst zudem ein erhöhter präventiver Charakter zu, da betagte Menschen so in einen sozialen Kontakt bewahren und täglich jemand nach „dem Rechten“ schaut. Auf Grund der demographischen Entwicklung und der hohen Qualität des Angebotes steigt die Nachfrage jedoch von Jahr zu Jahr erheblich. Die zur Verfügung stehenden Mittel der Gemeinde bleiben jedoch gleich. Es muss eine Strategie im Altersbereich erarbeitet werden, wofür die Gemeinde ihre Mittel künftig im Altersbereich einsetzen soll, damit diese die grösste mögliche Wirkung erzielen. Umso mehr, da sich der Kanton derzeit immer wie mehr aus der finanziellen Verantwortung im Alters- und Pflegebereich zieht.</p> <p>BDP Kann die Spitex diesen Dienst aus eigenen Mitteln finanzieren? Wenn Ja, dann soll die Gemeinde nicht mehr mitfinanzieren.</p> <p>For. Auch hier sind etliche Leute im Bereich der Armutsgrenze. Auf jeden Fall ist eine Unterstützung angezeigt. Höhe davon noch definieren.</p> <p>CVP ----</p> <p>EVP ----</p> <p>PEKO Das ermöglicht älteren Menschen länger selbständig zu leben, was eine preiswerte Lösung für die öffentliche Hand ist.</p> <p>SVP ----</p> <p>Grüne Bei den Armen wird schon genug gespart! Es ist nach wie vor propagiert, dass Menschen mög-</p>		<p>Stellungnahme Gemeinderat</p> <p>Der Gemeinderat sieht aus heutiger Sicht keine Änderungen der Praxis vor und hält an der Finanzierung fest.</p>

<p>lichst lange im eigenen Heim wohnen können- eine ausgewogene Ernährung ist dabei ein zentraler Punkt. Spitex ist zudem meist viel ökonomischer als stationäre Betreuung und Pflege.</p>	
--	--

33. Soll die Gemeinde den Tixi-Dienst der Spitex mitfinanzieren?

6 JA GLP / Forum / CVP / EVP / PEKO / Grüne	3 NEIN FDP / BDP SVP	Stimmhaltung
Bemerkungen FDP ---- GLP Grundsätzlich sind präventive Massnahmen im Altersbereich zu unterstützen. Aufgrund der demographischen Entwicklung und der hohen Qualität des Angebotes steigt die Nachfrage jedoch von Jahr zu Jahr erheblich. Die zur Verfügung stehenden Mittel der Gemeinde bleiben jedoch gleich. Es muss eine Strategie im Altersbereich erarbeitet werden, wofür die Gemeinde ihre Mittel künftig im Altersbereich einsetzen soll, damit diese die grösste Wirkung erzielen. Umso mehr, da sich der Kanton derzeit immer wie mehr aus der finanziellen Verantwortung im Alters- und Pflegebereich zieht. BDP siehe Antwort Frage 32 For. Auch hier ist zu beachten, dass zusätzliche Hilfe notwendig ist. Leute die darauf angewiesen sind und das Geld fehlt, haben die Möglichkeit, zu den Institutionen gefahren werden zu können. CVP ---- EVP ---- PEKO Das ermöglicht älteren Menschen länger selbständig zu leben, was eine preiswerte Lösung für die öffentliche Hand ist. SVP ---- Grüne Sie Antwort zu Frage 32. Kulturelle Teilhabe ist auch existentiell.		Stellungnahme Gemeinderat Der Gemeinderat sieht aus heutiger Sicht keine Änderungen der Praxis vor und hält an der Finanzierung fest.

34. Soll die Gemeinde die „Libella Stiftung für Pflege und Betreuung“ (Wiesenstrasse 10) jährlich finanziell unterstützen?

2 JA Forum / Grüne	5 NEIN FDP / GLP / BDP / PEKO / SVP	2 Stimmhaltung CVP / EVP
Bemerkungen FDP Für die Liegenschaft sollte eine andere Nutzungslösung gefunden werden. GLP Die Unterstützung der Libella Stiftung fällt finanziell erheblich ins Gewicht. An der Wiesenstrasse 10 wurde ursprünglich ein Pflegeheim betrieben. Heute entspricht der Betrieb an der		Stellungnahme Gemeinderat Der Gemeinderat bereitet die Änderung dieser Finanzierung vor und wird den finanzkompetenten Organen einen entsprechenden unterbreiten.

<p>Wiesenstrasse 10 nicht mehr dem ursprünglichen Charakter – es werden keinerlei Pflegeleistungen mehr erbracht. Zwischenzeitlich besteht nicht einmal mehr eine Verpflegungsmöglichkeit für die Bewohner, d.h. der Mahlzeitendienst der Spitex muss täglich vorbei kommen. Die Liegenschaft liegt zudem für Betagte sehr suboptimal – aus Sicht der GLP müssten betagte Menschen viel mehr in das soziale Leben der Gemeinde integriert werden, weshalb zentrale Standorte für Pflegeheime und Alterswohnungen zu favorisieren sind. Es muss überprüft werden, ob dieses Geld innerhalb des Bereiches „Alter“ am richtigen Ort investiert wird. Es muss eine Strategie im Altersbereich erarbeitet werden, wofür die Gemeinde ihre Mittel künftig im Altersbereich einsetzen soll, damit diese die grösste mögliche Wirkung erzielen.</p> <p>BDP -----</p> <p>For. Leider sind in diesem Teil auch Menschen betroffen, welche der finanziellen Last wegen, eine Unterstützung nötig machen. Sachaufwand je nach Situation anpassen.</p> <p>CVP Frage kann nicht einfach mit Ja oder Nein beantwortet werden, da nicht bekannt ist, welche Folge eine Streichung des Betrages hätte. Das Angebot in unserer Gemeinde für betreutes Wohnen ist zu klein. Deshalb kann Wiesenstrasse nicht einfach gestrichen werden. Zudem Volksentscheid nötig, da Ausgabe seinerzeit vom Souverän beschlossen worden ist.</p> <p>EVP Was ist der Grund für diese hohe Unterstützung / für diesen hohen Sachaufwand? Gibt es Kriterien? Für finanziell schwächere Personen?</p> <p>PEKO -----</p> <p>SVP -----</p> <p>Grüne Sie auch oben. Hier wird deutlich, was die Gemeinde mitfinanziert. Leistungen von Libella u.ä., die Menschen zu Gute kommen, die noch nicht stationär untergebracht sind, sollen von der Gemeinde begrenzt mitgetragen werden. Eine Stadt von bald 18000 EinwohnerInnen hat auch in diesem Bereich gewisse Verpflichtungen.</p>	
--	--

Stellungnahme der SP Ostermündigen

<p>STELLUNGNAHME SP</p> <p><u>Die folgenden Gründe lassen uns auf eine detaillierte Beantwortung der aufgeführten Fragestellungen verzichten</u></p> <p>- Das jetzt gültige Budget beinhaltet Sparmassnahmen von insgesamt eineinhalb Millionen Franken. Damit ist für uns der politisch verantwortbare Rahmen ausgeschöpft. Zudem kennen wir die Rech-</p>	<p>Stellungnahme Gemeinderat</p> <p>Der Gemeinderat nimmt von der Haltung der SP Ostermündigen Kenntnis.</p>
--	---

nung 2017 noch nicht. Also fehlt schon nur der Orientierungsrahmen, den dieser Abschluss geben könnte.

- Viele Sparvorschläge sind entweder nicht beziffert oder von unerheblichem Umfang, bewirken aber in einem unverhältnismässigen Ausmass eine Enttäuschung und Desintegration der Bevölkerung.
- Die Vorschläge, welche die Institutionen der Gemeinde betreffen, beeinträchtigen unterschiedlich, aber insgesamt spürbar die politische Akzeptanz unseres Gemeinwesens, auf die wir doch gerade in dieser schwierigen Phase angewiesen wären.
- Schon jetzt sind Arbeitsstellen in der Gemeinde nicht besetzt und es drohen weitere Streichungen. Auch hier wird Sparpolitik zu Destruktionspolitik.

Allgemeine Feststellungen

- Der Steuerfuss der Gemeinde ist hoch, der Anteil Geringverdienender ebenfalls. Insgesamt erbringen die Steuerzahlenden eine hohe Steuerleistung und erhalten dafür eine immer ungenügendere Dienstleistung von Seiten der Gemeinde. Ein Vergleich mit den Gemeinden unserer Region verdeutlicht unsere prekäre Situation.
- Die finanzielle Situation der Gemeinde ist gekennzeichnet durch ein anwachsendes strukturelles Defizit, dessen Ende nicht abzusehen ist. Das können auch radikale Sparaktionen nicht ändern.

Fazit

Aus all unseren Feststellungen geht hervor, dass die Mehrheiten in Exekutive und Legislative keine andere Möglichkeit zu kennen scheinen als eine Sparstrategie, welche an die Substanz unseres Gemeinwesens geht.

Wir sind der dezidierten Meinung, dass von unseren politischen Institutionen entschlossen die Fusion mit Bern an die Hand genommen werden muss. Eine ermutigende Bereitschaft dazu ist beiderseits vorhanden. Das ist die einzige Möglichkeit, unserer Gemeinde eine positive Perspektive in die Zukunft zu eröffnen.

Für die SP Ostermundigen

Der Präsident:

J. Schärer	
------------	--

Weitere selbstgewählte Tätigkeiten

Der Gemeinderat hat bereits im Frühjahr 2018 entschieden, dass die folgenden, selbstgewählten Aufgaben nicht zur Disposition stehen.

Position	Sparpotential (Basis Jahresrechnung 2016)	Bemerkung
Berufsbildung (Ausbildung Lernende)	Rund CHF 200'000.00	ohne interne Kosten wie beispielsweise für Personalgewinnung und Betreuung der Lernenden
Aufhebung Schulkommission	Rund CHF 17'000.00	
Schliessung Freibad	Nettoaufwand Rund CHF 800'000.00	
Weihnachtsbeleuchtung	Rund CHF 14'000.00	
Bewirtschaftung Vereinsplakate	Rund CHF 4'000.00	
Beitrag an Beschäftigungsprogramm BIAS	CHF 75'000.00	
Tageseltern	Nettoaufwand: CHF 74'000.00	
Offene Kinder- und Jugendarbeit	Nettoaufwand: CHF 74'000.00	
Finanzierung externe Kita-Plätze	Nettoaufwand: CHF 144'000.00	
Schulsozialarbeit	Nettoaufwand: CHF 260'000.00	
Frühförderung „schrittweise“	Nettoaufwand: CHF 74'000.00	

Realisierte Massnahmen

Position	Realisiertes Potential	Bemerkung
Aufhebung Kulturkommission	CHF 15'000.00	Realisierung im vollen Umfang ab 2019
Entschädigung Elternräte	CHF 12'000.00	